

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

29.6.1932 (No. 149)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postkassens
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger
Chefredakteur
E. K. n. b.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und bewirkt werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Weitertreibung und Kontostopverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die neuen Verordnungen

Zweite Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 28. Juni 1932

W. B. Berlin, 29. Juni. (Tel.) Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:

§ 1.
1. Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge dürfen von den Landesbehörden wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden:

- 1. allgemein nur für bestimmte abgegrenzte Ortsteile,
- 2. im übrigen nur im Einzelfalle.

Weitergehende allgemeine Verbote treten außer Kraft.

2. Das Tragen einheitlicher Kleidung, die die Zugehörigkeit zu einer nicht verbotenen politischen Vereinigung kennzeichnet, darf von den Landesbehörden nur im Einzelfalle bei unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden. Bestehende allgemeine Verbote dieser Art treten außer Kraft.

3. Hat der Reichsminister des Innern gegen ein Verbot nach Abs. 1 Nr. 1 Bedenken, so kann er die oberste Landesbehörde um Änderung oder Aufhebung ersuchen. Entspricht die oberste Landesbehörde dem Ersuchen nicht, so kann er das Verbot aufheben.

§ 2.
Der Reichsminister des Innern kann allgemein für das ganze Reichsgebiet oder einzelne Teile Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge, sowie das Tragen einheitlicher Kleidung, die die Zugehörigkeit zu einer politischen Vereinigung kennzeichnet, verbieten und für Zuwiderhandlungen Gefängnisstrafe oder Geldstrafe allein oder nebeneinander androhen.

§ 3.
Plakate, Flugblätter und Flugschriften, in denen zu einer Gewalttat gegen eine bestimmte Person oder allgemein zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen aufgereizt wird, können polizeilich beschlagnahmt und eingezogen werden. Zuständig sind, soweit die obersten Landesbehörden nichts anderes bestimmen, die Ortspolizeibehörden.

§ 4.
Die Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen u. Aufzüge vom 28. Juni 1932

W. B. Berlin, 29. Juni. (Tel.) Auf Grund des § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 (Reichsgesetzblatt I Seite 297) wird mit Wirkung für das Reichsgebiet folgendes verordnet:

§ 1.
(1) Öffentliche politische Versammlungen sowie alle Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel sind spätestens 48 Stunden vorher unter Angabe des Ortes, der Zeit und des Verhandlungsgegenstandes der Ortspolizeibehörde anzumelden.

(2) Sie können im Einzelfall verboten werden, wenn nach den Umständen eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu besorgen ist. Statt des Verbotes kann eine Genehmigung unter Auflagen ausgesprochen werden. Zuständig sind, soweit die obersten Landesbehörden nichts anderes bestimmen, die Ortspolizeibehörden.

(3) Öffentliche politische Versammlungen sowie alle Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel können aufgelöst werden, wenn sie nicht angemeldet oder wenn sie verboten sind oder wenn von den Angaben der Anmeldung abwichen oder wenn einer Auflage zuwidergehandelt wird.

(4) Ausgenommen sind gewöhnliche Reichenbegängnisse, die hergebrachten Rüge von Hochzeitsgesellschaften, kirchliche Prozessionen, Wittgänge und Wallfahrten.

(5) Eine Anordnung nach Abs. 2, 3 kann nach den Bestimmungen des Landesrechtes angefochten werden.

§ 2.
(1) Mit Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann, wird bestraft:

1. Wer ohne die nach § 1 erforderliche Anmeldung oder in absichtlicher Abweichung von den in der Anmeldung gemachten Angaben oder unter Zuwiderhandlung gegen ein Verbot oder eine Auflage eine Versammlung oder einen Aufzug veranstaltet oder leitet oder dabei als Redner auftritt;

2. Wer für eine Versammlung, die entgegen der Vorschrift des § 1 nicht angemeldet oder die verboten ist, den Raum zur Verfügung stellt.

(2) Mit Geldstrafe bis zu 150 M wird bestraft, wer an einer Versammlung oder einem Aufzuge teilnimmt, die entgegen der Vorschrift des § 1 nicht angemeldet oder die verboten sind.

(3) Die Vorschriften des Abs. 1, 2 sind nicht anzuwenden, wenn ein politischer Zweck mit der Tat nicht verbunden war und eine Störung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht eingetreten ist.

§ 3.
Mit Geldstrafe bis zu 150 M wird bestraft, wer sich nach Erklärung der Auflösung einer Versammlung (§ 1 Abs. 3) nicht sofort entfernt.

Der Reichspräsident empfing den Reichsinnenminister zum Vortrag über die schwebenden innerpolitischen Fragen.

Letzte Nachrichten

Deutsche Darstellung über die Lausanner Besprechungen Keine Endentschädigung, doch Beitrag für Wiederaufbau der Weltwirtschaft

W. B. Lausanne, 29. Juni. (Tel.) Die Darstellung, die die französische Presse über die gestrigen Verhandlungen der französischen, britischen und deutschen Delegation gibt, ist irreführend. Der tatsächliche Sachverhalt ist der folgende:

Schon in seiner ersten Rede in der Plenarsitzung hat der Reichskanzler betont, daß es im Interesse der Wiederherstellung normaler Wirtschaftsverhältnisse unumgänglich sei, mit dem System der Reparationen Schluss zu machen, und daß aus eben diesen Gründen eine wie immer geartete Schlusszahlung Deutschlands nicht in Frage kommen könne. Als in den privaten Besprechungen zwischen den Delegationsführern der englische Premierminister den Reichskanzler darauf hinwies, daß die Forderung einer Anzahl von Delegationen auf die Zahlung einer Endentschädigung hinauslaufe, hat der Reichskanzler am 29. Juni Herrn Macdonald erklärt und auseinandergesetzt, weshalb und warum Deutschland einer solchen Schlusszahlung nicht zustimmen könne.

In der gestern stattgefundenen Verhandlung zwischen der britischen, französischen und deutschen Delegation richtete Macdonald die Frage an den Reichskanzler, ob er seinerseits nicht irgend etwas tun könne, um eine Endlösung herbeizuführen. Der Reichskanzler hat daraufhin ausgeführt:

Das Vertrauen der Welt könne nur wiederhergestellt werden, wenn die Siegermächte sich entschließen würden, die Diskrimination des Versailler Vertrages zu beseitigen. Wenn somit die Gleichberechtigung Deutschlands und die Sicherheit hergestellt werde, dann würde der Reichskanzler es für möglich halten, daß Deutschland an der allgemeinen Anstrengung zum Wiederaufbau der Weltwirtschaft seinen Anteil in Form eines Beitrages zahle, der selbstverständlich die vollkommene Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes in Deutschland und in der Welt zur Voraussetzung hat.

Baden im Reichshaushalt

W. B. Berlin, 29. Juni. (Priv.-Tel.) Im Haushalt des Reichsfinanzministeriums werden für die Förderung des Weinbaues und die Bekämpfung von Schädlingen des Weinbaues 1,5 Mill. RM. bewilligt. Die Mittel sollen vor allem zur Umstellung des Weinbaues auf die amerikanische Unterlagsrebe sowie zur wissenschaftlichen Erforschung und praktischen Durchführung der Nebenveredelung, Weinbehandlung usw. betreffenden Fragen und zur Bekämpfung der Schädlinge des Weinbaues und seiner Krankheiten verwendet werden. Es wird im Etat mitgeteilt, daß die im Jahre 1930 begonnene Umstellung der in Baden und der Pfalz vorhandenen Hybridreben auf amerikanische Unterlagsrebe im Zeitraum von mindestens 6 Jahren erfordert. Im vorigen Jahre waren nahezu 400 000 RM. mehr für den gleichen Zweck angelegt.

Für die Umfinanzierung des Untermain ist ein siebenfacher Teilbetrag von 4,5 Millionen vorgesehen. Für die Regulierung des Rheins zwischen Strahburg-Stehl und Jstein ist ein dritter Teilbetrag von 2 375 000 RM. eingesetzt. Für den Ankauf eines Hauses für das Hauptzollamt und das Zollamt in Konstanz stellt der Haushalt 56 000 RM. bereit; der Betrag dient zur Ausgahlung des Kaufpreises und der Nebenkosten.

Abrüstungsforderung der Internationalen Gewerkschaften

W. B. Berlin, 29. Juni. (Priv.-Tel.) Der Abrüstungsaufruf Hoovers und die Ergebnisse der Lausanner Besprechungen veranlassen die Internationalen Gewerkschaften, an die Abrüstungskonferenz einen telegraphischen Appell zu richten, in dem die in Genf versammelten Staatsmänner im Namen von mehr als 14 Millionen Arbeitern von neuem aufgefordert werden, die von den Regierungen versprochene Abrüstung sowie die Organisierung und Sicherung des Friedens zwischen den Völkern endlich zur Tat werden zu lassen.

Internationale Petroleumkonferenz

W. B. Paris, 29. Juni. (Tel.) Die zweite internationale Petroleumkonferenz, an der Vertreter der Produzentengruppen Englands, Amerikas, Rumäniens sowie der Sowjetunion teilnehmen, nimmt heute nachmittags in Paris ihren Anfang. Zweck der Konferenz ist es, Möglichkeiten für eine normale Preisgestaltung auf dem Petroleumweltmarkt zu suchen. Die erste internationale Konferenz dieser Art ist bekanntlich im vergangenen Monat in New York gescheitert.

Die neue Verfassung von Siam

W. B. Bangkok, 29. Juni. (Tel.) Der König von Siam hat die neue Verfassung unterzeichnet, die von der provisorischen Regierung ausgearbeitet worden ist. Die Verfassung besagt, daß künftig das Volk Inhaber der obersten Gewalt ist, und daß die Machtbefugnisse des Monarchen, die bisher absolut waren, weitgehend eingeschränkt werden. Die Frauen erhalten das Stimmrecht.

* Lausanne und die deutsche Finanzlage

Auscheinend hat die französische Delegation in Lausanne, und ganz besonders ihr Führer, Ministerpräsident Herriot, immer noch geglaubt, den deutschen Standpunkt in der Reparationsfrage erschüttern und uns von unserem glatten Nein abbringen zu können. Vielleicht hat der überaus höfliche Verkehrston, den der Reichskanzler den Franzosen gegenüber absichtlich bevorzugte, falsche Hoffnungen erweckt; vielleicht hat auch ein offenbar mißverständlicher und falsch wiedergegebener Satz aus einem Interview des Kanzlers drüber irrtümliche Auffassungen hervorgerufen. Inzwischen hat Herr von Papen für die nötigen Dementis gesorgt. Und die deutsche Delegation hat in den Besprechungen, die sie vorgestern und gestern mit den Franzosen abhielt, den deutschen Standpunkt, das heißt den Standpunkt des Nein, nochmals klar unterstrichen.

Deutschland ist bereit auf wirtschaftlichem Gebiete in weitgehendem Maße mitzuarbeiten, und zwar auch bei der Sanierung der Donaufaaten, es ist auch für eine sehr enge wirtschaftliche Kooperation mit Frankreich selbst zu haben. Aber dieses alles nur auf der Geschäftsgrundlage und nicht auf neuer Tributgrundlage. Das heißt: Deutschland will sich wirtschaftlich und finanziell nach Maßgabe seiner Kräfte engagieren, aber dieses Engagement soll den Charakter einer geschäftlichen Aktion tragen mit allen ihren Begleitererscheinungen, mögen sie nun einen Gewinn oder ein Risiko bedeuten. Wogegen wir uns jedoch wehren, das ist die Verhängung neuer Tribute, neuer einseitiger Zahlungsverpflichtungen. Wir können solche Verpflichtungen nicht übernehmen, da wir sie nicht einhalten können.

Aber auch politisch hieße es die Situation vollkommen verwirren, wenn wir uns Frankreich gegenüber zu gewissen Restzahlungen oder Sachlieferungen auf der Tributgrundlage verpflichten würden, da dann auch die anderen Gläubiger ähnliches verlangen würden. Als in der Presse von der Möglichkeit „deutscher Kompensationen“ gesprochen wurde, hat Italien sofort auch seinen Anspruch auf derartige Kompensationen angemeldet. So käme man also nicht zum Ziel. Der einzige praktische Weg ist nur einmal der der unverzüglichen und restlosen Streichung der Schulden; und es darf mit Genugtuung bemerkt werden, daß die englische und italienische Delegation bis zum Schluss auch ihrerseits diese Forderung vertreten haben.

Die französische Delegation lehnt eine solche Forderung ab. Vom Pariser Standpunkt aus sollte es zweifellos ein Entgegenkommen bedeuten, daß die französische Delegation es uns überlassen wollte, selber geeignete Vorschläge hinsichtlich etwaiger „Kompensationen“ zu machen. Als diese Vorschläge in der gestrigen Besprechung ausblieben, und die deutschen Sprecher unter genauer Darlegung der deutschen Not die sofortige und restlose Streichung aller Reparationsverpflichtungen verlangten, war die Enttäuschung auf der Gegenseite groß; und man sprach bereits ganz offen davon, daß weitere Unterhandlungen angesichts der Unbereinbarkeit der Gegensätze keinen Zweck hätten. Zunächst ist die für heute angelegte, neue Besprechung zwischen den Franzosen und uns abgesetzt worden. Herriot fährt morgen nach Paris zu einer Kabinetsitzung, und dort wird dann wohl die Entscheidung darüber fallen, ob Frankreich unter Verzicht auf alle „Kompensationen“ die Streichung der Reparationen hinnehmen will oder nicht.

Inzwischen sind gestern in der Vollziehung des Reichsrats gelegentlich der Beratungen über den Reichsetat für 1932 Mitteilungen über unsere Finanzlage gemacht worden, die schon allein für sich genügen sollten, um den Franzosen die Unmöglichkeit irgendwelcher deutscher Tributzahlungen zu beweisen.

Der Fehlbetrag im Reichshaushalt beziffert sich ultimo 1931 auf rund 1,69 Milliarden. Die Reichsschulden betragen zusammen 12,1 Milliarden Reichsmark (10,4 Milliarden fundierte Reichsschuld und 1,7 Milliarden schwebende Schuld). In dieser Summe sind aber die Milliardenbeträge, die das Reich den Ländern für die Übernahme der Eisenbahnen schuldet, noch nicht enthalten. Die vom Reich übernommenen Bürgschaften beliefen sich

Mit der Beilage: Antikliche Niederschrift über die 31. öffentliche Sitzung der Verhandlungen des Badischen Landtags

Ende 1931 auf 1,5 Milliarden, d. h. rund 880 Millionen mehr als im Oktober 1930.

Das ist gewiß eine erschütternde Bilanz. Und wenn man im Ausland, zumal in Frankreich, immer darauf hinweist, daß wir viel geringere, innere Schulden hätten, als die anderen Länder, dann ist darauf zu erwidern, daß allerdings mehr als 100 Milliarden Goldmark unserer inneren Schuld durch Inflation und ganz minimale Aufwertung aus der Welt geschafft worden sind, und daß dadurch allerdings das Reich als Schuldner entlastet wurde, daß aber doch genau derselbe Betrag unserer Wirtschaft verloren ging, und unsere Bevölkerung um genau denselben Betrag ärmer wurde. Eine Tatsache, die dann wieder auf die Lage unserer öffentlichen Finanzen in verhängnisvoller Weise zurückwirken mußte.

Seinen äußeren Gläubigern aber hat Deutschland bis jetzt in einer Weise gezahlt, wie sie die Weltgeschichte noch nicht erlebt hat. Und die Folge ist die, daß wir heute uns in einer Wirtschaftskrise befinden, die jeden Aufstieg unmöglich macht, und daß wir Ersparnisse herbeiführen mußten und noch müssen, in einem Umfang, der den anderen Großmächten vollkommen fremd ist. Dem Deutschen Reich bleiben für seine engeren Aufgaben weniger Mittel übrig, als Frankreich oder England oder Amerika allein für seine Wehrmacht ausbittet! Bei alledem ist das Reich aber noch verhältnismäßig gut daran im Vergleich mit den Ländern und Gemeinden. Auch über deren finanzielle Notlage sind in der gestrigen Reichsratsitzung Angaben gemacht worden, die den Franzosen, wenn sie nur hören wollten, wirklich als bestes Argument für die deutsche Forderung der restlosen Streichung der Reparationen dienen könnten.

Die Internationalisierung der Zivilluftfahrt

In einem Unterausschuß der Abrüstungskonferenz wurde eine von Amerika vorgeschlagene Entschließung angenommen, in der festgestellt wird, daß bei dem gegenwärtigen Stand der Zivilluft- und Militärflugzeuge eine weitere Verwendung der zivilen Luftfahrzeuge zu militärischen Zwecken auf die Abwicklung der Feindseligkeiten keinen entscheidenden Einfluß ausüben würde. Für den Fall jedoch, daß die Abrüstungskonferenz zu einer stärkeren Beschränkung der Militärflugfahrzeuge gelangt, würde die Zivilluftfahrt einen potentiellen militärischen Wert erhalten, der je nach dem Umfang der Abrüstungsmaßnahmen eine größere Bedeutung gewinnen würde.

Schließlich wurde noch ein belgischer Antrag angenommen, wonach bei den kommenden Debatten zunächst die Frage der internationalen Kontrolle und Reglementierung der Zivilluftfahrt und erst später die Frage der eigentlichen Internationalisierung derselben erörtert werden soll. Dieser Vorschlag fand auch die Zustimmung der deutschen Delegation, die bereits früher vorgeschlagen hatte, daß die von der Völkerbundkonferenz der reichsdeutschen Zivilluftfahrt auferlegten Kontrollen und Beschränkungsmaßnahmen auf alle Mächte ausgedehnt werden.

Kurze Nachrichten

Keine Änderung in der Ostpolitik. Die Meldung des diplomatischen Berichterstatters des „Daily Express“, wonach Reichkanzler von Papen den Wunsch habe, eine Verständigung mit Polen auf der Grundlage einer Internationalisierung des polnischen Korridors herbeizuführen, ist vollkommen erfunden. Von maßgebender Seite der deutschen Delegation wird mitgeteilt, daß die Einstellung der Regierung Papen zu den Ostproblemen sich vollkommen mit dem Standpunkt deckt, den alle deutschen Regierungen bisher eingenommen haben.

Deutsch-schweizerische Wirtschaftsverständigung. Die in Bern im Gange befindlichen deutsch-schweizerischen Verhandlungen scheinen nun doch zu einer Verständigung geführt zu haben. Am Mittwoch wird der Bundesrat zu den zwischen den Unterhändlern getroffenen Vereinbarungen Stellung nehmen.

Trauerfall in der deutschen Delegation. Das Mitglied der deutschen Abrüstungsdelegation Dr. Fritz Norden ist an den Folgen eines Unfalls gestorben.

Der Hessische Landtag. Wie nunmehr feststeht, tritt das Präsidium des neu gewählten Hessischen Landtags am 7. Juli zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen.

Verbotenes Zeitungsverbot. Wie wir erfahren, ist der preussische Innenminister von der Reichsregierung ersucht worden, die „Kölnische Volkszeitung“ und den „Vorwärts“ in Berlin auf fünf Tage zu verbieten.

Ein weiteres Zeitungsverbot. Das nationalsozialistische „Hamburger Tageblatt“ ist auf die Dauer von 5 Tagen verboten worden.

Todesopfer bei Zusammenstößen. Bei der Beerdigung eines Kommunisten in Stuttgart kam es nach Schluß der Feier zu Zusammenstößen mit der Polizei, die genötigt war, zu schießen. Drei Kommunisten wurden getötet, sieben schwer und mehrere leicht verletzt. — Bei Unruhen in Leipzig ist die Polizei beim Zerstreuen der Ansammlungen von Demonstranten beschossen worden; sie mußte hierauf auch die Schußwaffe anwenden. Ein 55jähriger Invalide wurde in die Luft getroffen; auf dem Transport ins Krankenhaus ist er dann gestorben. Insgesamt wurden 25 Personen in Haft genommen.

Die Arbeitslosigkeit in der Welt. Die statistischen Erhebungen, die dem Internationalen Arbeitsamt in Genf in den letzten Monaten zugegangen sind, zeigen weiter eine fast allgemeine Zunahme der Arbeitslosigkeit gegenüber demselben Zeitraum im Frühjahr 1931. Einzig in Finnland und Polen wurde ein leichter Rückgang der Arbeitslosigkeit um 1 bzw. 3 Prozent festgestellt. Sonst hat in der Regel die Arbeitslosigkeit in den meisten Industriestaaten im Frühjahr infolge saisonmäßiger Belebung abgenommen. In diesem Jahre war dies aber nicht der Fall, vielmehr ist in verschiedenen Ländern eine Zunahme zu verzeichnen.

Der italienische Luftfahrtsminister. General Balbo, machte auf dem Rückflug von dem Besuche der englischen Air Displays einen Abstecher nach Berlin, um sich mit Herrn von Gronau über Probleme des transatlantischen Luftverkehrs zu unterhalten.

Amerikanische Sparvorlage angenommen. Der Senat hat eine Vorlage angenommen, die Abstriche im Budget in Höhe von 150—175 Millionen Dollar vorsieht.

Kritische Lage in Lausanne

Am Schluß der Dienstagssprechung zwischen Macdonald, dem deutschen Kanzler und Herriot wurde folgendes mitgeteilt: „Der Präsident der Konferenz hat heute gemeinsam mit dem Vertreter der deutschen Delegation und den Vertretern Frankreichs und Großbritanniens die Ergebnisse der Besprechungen, die zwischen diesen Delegationen stattgefunden haben, noch einmal dargelegt. Morgen nachmittag wird der Präsident den sechs einladenden Mächten über die Lage berichten und sie einladen, Vorkehrungen für die Ergänzung der Konferenzarbeiten zu treffen. Die Besprechungen zwischen der französischen und der deutschen Delegation werden fortgesetzt.“

Aus dieser Meldung ist nicht deutlich ersichtlich, welche gespannte Lage in Lausanne seit der deutlichen Erklärung des Reichskanzlers v. Papen am Montag herrscht. Aus einer uns zugegangenen Information geht aber hervor: Das französische Verlangen nach einer Restzahlung und das klare und neu begründete deutsche Verlangen nach einer definitiven Annulierung der Reparationen fanden sich dabei unverändert gegenüber. Man hat im weiteren Verlauf des Tages sich über einzelne Punkte unterhalten, besonders über die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Konstruktion, die ausgiebig erörtert wurde. Am Mittwoch früh treffen die Wirtschafts- und Finanzminister Deutschlands und Frankreichs zusammen, um in dieser Richtung sich weiter auseinanderzusetzen.

Von französischer Seite wird über den Eindruck der heutigen deutsch-französischen Verhandlungen erklärt, daß die Stimmung gedrückt und ernst sei. Frankreich sei verständigungs- und versöhnungsbereit nach Lausanne gekommen und sei auch bereit, seine Gelddarlehen aufzugeben, wolle aber den Restbetrag behalten, um ihn zu gegebener Zeit zu gebrauchen. Es wäre bereit, diese geldlichen Ansprüche einzutauschen gegen ökonomische Vorteile oder eine Vergrößerung der französischen Sicherheit, die das Volk verlange.

Gegenüber diesem französischen Versuch, die Verantwortung für das etwaige Scheitern der Konferenz auf Deutschland zu schieben, wird in Kreisen der deutschen Delegation darauf hingewiesen, daß die deutsche Stellungnahme zur Frage der Streichung der Reparationen durchaus mit den Ansichten der italienischen und englischen Regierung übereinstimmt. Die Reichsregierung hat neben ihrer Erklärung zur Begründung der Forderung auf Streichung der Reparationen einen positiven Plan entwickelt, in dem im Rahmen des großen Wiederaufbaues Deutschlands sich bereit erklärt, aktiv mitzuwirken und auch die französische Delegation aufgefordert, ihrerseits dazu Stellung zu nehmen. Eine diesbezügliche Erklärung von französischer Seite ist bisher nicht erfolgt.

Wasas meldet weiter, daß Macdonald alles in Bewegung setzen werde, um einen Stillstand der Lausanner Verhandlungen zu vermeiden. Er werde deshalb bis gegen den 5. Juli in Lausanne bleiben.

Nach Berichten der englischen Morgenpresse aus Lausanne ist die Stimmung in den Kreisen der britischen Delegation keineswegs überaus optimistisch, aber doch hoffnungsvoll. Allgemein glaubt man, daß die britischen Vermittlungsbemühungen eine leichte Verbesserung der Atmosphäre geschaffen haben.

Kundgebungen gegen das Versailler Diktat

Der Arbeitsausschuß Deutscher Verbände veranstaltete am Dienstag in Berlin zum 13. Jahrestag der Unterzeichnung des Versailler Diktats im Plenarsitzungssaal des Reichstages eine Kundgebung. Unter den zahlreich erschienenen Rednerinnen bemerkte man u. a. Reichinnenminister Freyherrin von Wahl und Staatssekretär Dr. Zweigert. Der geschäftsführende Vizepräsident des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände, Dr. Hans Dreyer, betonte in seiner Ansprache, es könne heute und in der Zukunft keine deutsche Außenpolitik geben, deren Ziel nicht die Beseitigung des Versailler Diktats sei.

Die Deutsche Studentenschaft, der jüdisch-deutsche Heimatsbund und die bündische Jugend veranstalteten im Lustgarten zu Berlin eine starkbesuchte Kundgebung. Die Rede hielt der nationalsozialistische Abg. Rosenburg. — Im Anschluß an diese Kundgebung kam es in der Friedrichstraße zu Zusammenstößen mit der Polizei, die gezwungen war, sämtliche Straßen mit Gewalt zu säubern.

Der „Großindustrielle“ Deutsches Reich

Die Reichsbeteiligung an 120 Gesellschaften
Der neue Reichshaushalt zeigt wieder sehr deutlich, in welchem Umfang das Reich heute an wirtschaftlichen Unternehmungen beteiligt ist, nachdem der Fall des Selbstherrschener Aktienpatents gerade in diesen Tagen wieder einmal auf die Rolle des Reiches als Industrieller hingewiesen hat. Im ganzen ist das Reich an 120 Unternehmungen beteiligt. Die Zusammensetzung dieser Liste ist sehr reichhaltig, was vor allem darauf zurückzuführen ist, daß ein großer Teil der Reichsbeteiligungen zufällig zustande gekommen ist.

Ordnet man die 120 Beteiligungen in große Gruppen, so ergibt sich, daß etwa 20 Beteiligungen auf Unternehmungen aus dem Gebiet des Wohnungsbauwesens, 11 auf Kraftwerks- und Elektrizitätswesen, 18 auf Kleinbahn- und Eisenbahngesellschaften entfallen. Daneben ist das Reich noch an 19 Treuhänderstellen für die kommunale Umschuldung beteiligt. Der Rest entfällt auf die verschiedenartigsten Unternehmungen.

An der Spitze stehen die Banken, und zwar u. a. die Dresdner Bank, die Kommerz- und Privatbank, die Norddeutsche Kreditbank, die Altpreussische und die Bau- und Bodendank, die zusammen mit der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeit bei den Arbeitsbeschaffungsplänen der Regierung jetzt wieder eine Rolle spielt. Damit ist aber die Liste der Banken und bankähnlicher Institute bei weitem noch nicht erfüllt, während man schließlich auch nicht die in der Lage zusammengeschlossenen großen industriellen Unternehmungen in diesem Zusammenhang vergessen darf.

Kleine Chronik

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ war am Dienstag zu einer der üblichen Schweizer Tagesfahrten aufgestiegen. Diese Fahrt ist die 250. Fahrt des Luftschiffes „Graf Zeppelin“. Die erste Fahrt fand am 18. September 1928 statt.

Im Hafenraum der Bozmann-Linie in Hamburg sind von unerkannt gebliebenen Räubern 50—70 000 RM erbeutet worden.

Ein im Opernhaus zu Hannover ausgebrochener Brand zerstörte einen Teil der Garderobekammer. 13 Feuerwehreinheiten zogen sich schwere Rauchvergiftungen zu.

In Dessau hat die Polizei zwei der an den Friedhofsdarstellungen Beteiligten gefaßt. Es handelt sich um zwei Schüler im Alter von 15 und zwölf Jahren. Sie geben die Tat zu, wollen aber von einem größeren Verbrechen angeführt worden sein.

Länder und Reich

Der württembergische Staatspräsident Dr. Holz erklärte im Landtag auf zwei nationalsozialistische Anfragen, daß die gegenwärtige württembergische geschäftsführende Regierung verfassungsmäßig sei. Er verweigerte jede Auskunft über die vertrauliche Besprechung innerhalb des Staatsministeriums und legte dann die Gründe dar für den Schritt des Staatspräsidenten: Die Befürchtung von Übergriffen in den Ländern, die Benachteiligung ihrer wirtschaftlichen Interessen und die Bedenken gegen die Ausführung des SA-Verbotes. Er sei seit Jahren für ein Verbot all dieser Organisationen. Das württembergische Demonstrationsverbot bestehe zu Recht. Seine Aufhebung würde nur zu Blutvergießen führen. Unverantwortlich sei auch der konfessionelle Kampf.

Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, hat die sächsische Staatsregierung an der Berliner Besprechung mit Preußen nicht teilgenommen. Auf die Einladung habe sie geantwortet, sie habe ihren Standpunkt auf der unter Vorbehalt des Reichsinnenministers abgehaltenen Länderkonferenz genügend zum Ausdruck gebracht, wonach das Reich die verantwortliche Entscheidung besitze, daß aber für Umsätze und Versammlungen unter freiem Himmel eine Anmeldepflicht unerlässlich sei. Das Recht der Landesregierung, zeitlich begrenzte allgemeine Demonstrationsverbote auszusprechen, sei nicht zu entbehren.

Ein Mißtrauensvotum gegen die Reichsregierung

Der sächsische Landtag beschäftigte sich mit mehreren Anträgen, die sich gegen die letzte Notverordnung der Reichsregierung richteten. Nach einer längeren, zum Teil stürmischen Aussprache wurde in Abwesenheit der nationalsozialistischen Fraktion ein kommunistischer Antrag, der Reichsregierung das schärfste Mißtrauen des Sächsischen Landtags zu bekunden, mit 44 gegen 27 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen angenommen.

Badischer Teil

Eine zweite Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

** Zufolge der am 29. Juni verkündeten und mit der Verkündung in Kraft tretenden 2. Notverordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen sind das bisher in Geltung befindliche allgemeine Demonstrationsverbot und das allgemeine Uniformverbot aufgehoben worden.

Die neue Verordnung des Reichspräsidenten, mit der gleichzeitig eine Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen und Aufzüge aus gegeben wird, läßt Verbote von Versammlungen und Aufzügen unter freiem Himmel allgemein nur für bestimmte abgegrenzte Ortsteile, sonst nur im Einzelfall zu.

Alle derartigen Versammlungen und Aufzüge und ebenso alle öffentlichen politischen Versammlungen müssen spätestens 48 Stunden vorher unter Angabe des Ortes, der Zeit und des Verhandlungsgegenstandes dem zuständigen Bezirksamt (Polizeipräsidium, Polizeidirektion) angemeldet werden. Die Polizeibehörde kann sie verbieten, wenn nach den Umständen eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist. Statt des Verbotes können sie unter Auflagen zugelassen werden. Bei Zuwiderhandlungen gegen die Anmeldepflicht, gegen Auflagen, oder bei solchen Verstößen gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung, die in § 1 der Notverordnung vom 14. Juni 1932 genannt sind, können sie aufgelöst werden. Die Teilnehmer an aufgelösten Versammlungen haben bei Vermeidung von Strafen sich zu entfernen.

Den Polizeibehörden obliegt die auch vom Reichsminister des Innern betonte Pflicht, nach Maßgabe der neuen Verordnung die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Der Minister des Innern hat die badischen Polizeibehörden angewiesen, in jedem Falle bei Verstößen gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung mit allem Nachdruck einzuschreiten und derartige Verfehle im Keime zu ersticken.

Die Besetzung zweier Direktorenstellen an Karlsruher Höheren Lehranstalten

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

** Die Deutschnationale Gruppe des Bad. Landtags hat am 14. Juni 1932 wegen der Besetzung zweier Direktorenstellen an Karlsruher Höheren Lehranstalten eine kurze Anfrage an den Landtag gerichtet, weil zwei der frei gewordenen Direktorenstellen an Karlsruher Höheren Lehranstalten nicht mit evangelischen Bewerbern besetzt wurden. Darauf hat der Minister des Kultus und Unterrichts am 22. Juni 1932 folgende Antwort erteilt:

„Im Lande Baden waren auf Beginn des Schuljahres 1932/33 zehn Direktorenstellen, die durch Zurücksetzung frei geworden waren, zu besetzen. Von den zur Aube gestellten Direktoren waren sieben katholisch und drei evangelisch. Vier von den frei gewordenen Stellen mußten für Direktoren zur Verfügung gehalten werden, deren Stellen infolge Aufhebung oder Verkleinerung ihrer Schulen weggefallen waren, und zwei Stellen für die Direktoren von zwei der geschlossenen Lehrerbildungsanstalten. Der Direktor der dritten Lehrerbildungsanstalt Karlsruhe, der dem evangelischen Bekenntnis angehört, konnte kommissarisch mit der Leitung des Kreis-Schulamts Karlsruhe betraut werden und wird auf seine Direktorenstelle nach Wiedereröffnung der Anstalt zurückkehren.“

Es mußten demnach sechs Stellen Direktoren aufzubewahren oder geschlossener Lehranstalten zugeteilt werden, während vier Stellen mit Professoren, die zur Beförderung heranzustanden, besetzt werden konnten.

Von diesen vier Stellen wurden drei evangelisch und eine katholisch besetzt. Dabei wurden in Berücksichtigung der mehrfachen persönlichen und schriftlichen Vorstellungen seitens des

Badische Kultur und Geschichte

Nr. 26

Beilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger) Nr. 149

29. Juni 1932

Wilhelm Hausenstein

Wilhelm Hausenstein ist in diesen Tagen 50 Jahre alt geworden. In einem Alter, in dem den meisten Schriftstellern erst die reifsten Früchte ihrer Arbeit zu gelingen pflegen, kann er schon auf einen fast geschlossenen Kreis bedeutender Werke zurückblicken. Wenige mögen den Umfang seines literarischen Wirkens ganz überschauen; ist er doch unter den Kunstschriftstellern und Essayisten der Gegenwart einer der produktivsten.

Hausenstein ist Badener. In Hornberg wurde er geboren, mit Karlsruhe verbinden ihn die Erinnerungen seiner Gymnasialzeit. Das humanistische Bildungsgut, das ihm das Gymnasium unter Gustav Wendts Aufsicht vermittelt, wird ihm mehr als Wissen um die Antike, wird ihm zur wirklichen Bildung, d. h. Formung seiner Persönlichkeit. Nach langen Jahren noch erscheint ihm die Weinbrennerische Klassizität der Stadt als ihre eigentümlichste, vielleicht einzige Schönheit.

Er liebt seine Heimat; seine „Badische Reise“ zeugt davon. Überhaupt bleibt er dem Süddeutschen verhaftet, nicht nur äußerlich, indem München und jetzt Tübingen am Starnberger See seine zweite Heimat werden, auch innerlich, und dies in vor allem! Sein milder Himmel, seine reiche kulturelle und künstlerische Überlieferung, seine gelockerte seelische Struktur und nicht zuletzt seine Nachbarschaft zum Süden und Westen, wohin ihn häufige Reisen immer wieder zogen, sind ihm schwer entbehrliche Voraussetzungen seines künstlerischen Wirkens geworden.

Seine Studienzeit führt ihn zuerst nach Heidelberg, wo ihn die klassischen Studien gefangen nehmen und zum erstenmal die Ahnungen dichterischen Vermögens in ihm aufsteigen. Dann zieht er nach München, wo zu den klassischen die historischen Studien hinzutreten. Er wird des feinsinnigen Historikers K. Th. v. Heigel begabtester Schüler und gern hätte ihn sein Lehrer der akademischen Laufbahn zugeführt. Aber er steckt seine Ziele weiter! Noch zwar promoviert er mit einer lauberen, archaisch fundierten Studie, dann aber entscheidet er sich für den Weg des freischaffenden Schriftstellers, einen Weg, der nicht ohne Bitternisse ist und der ganz auf die Kraft seines Geistes — wie viele mögen voll erkennen, was dies bedeutet — gestellt war. Ein idealistischer Sozialismus und eine leidenschaftliche Neigung zur Kunst haben ihn ganz ergriffen. Ihm schwebt eine umfassende soziologische Geschichte der bildenden Kunst vor, in der er die sozialökonomische Bedingtheit der künstlerischen Leistung aufzeigen und zugleich eine große Synthese aller materiellen und geistigen Ursachen der Kunst gestalten möchte. Nach köstlichen Jahren leidenschaftlichen und zukunftsreichen Schaffens erscheint dann 1913 sein großes Werk „Der nackte Mensch in der Kunst aller Zeiten und Völker“. Es ist bis heute, so sehr Hausenstein, wenn er das Buch nochmals zu schreiben hätte, jetzt manches Prinzipielle anders sähe, und manche Akzente verschiebe, doch seine größte geistige und kulturgeschichtliche Konzeption geblieben. In glänzender Weise hatte der junge Kunsthistoriker sein Vermögen zu umfassender geistesgeschichtlicher Synthese, zu intuitivem Erfassen der materiellen, geistigen und seelischen Probleme des Kunstwerks bezogen. Es folgte eine imponierende Reihe von Monographien — erwähnt seien nur sein Brueghel, Giotto, Fra Angelico, Carpaccio, sein Geist des Barock, seine Kunstgeschichte, und vor allem sein großartiger Rembrandt — die immer von neuem die schöpferische Vitalität eines reichen und tiefen Geistes bezeugten.

Daneben ging ein unermüdetes schriftstellerisches Wirken für Zeitschriften und Zeitungen einher. Hier offenbarten sich vielleicht die feinsten Reize einer außergewöhnlichen Kunst der Darstellung. Seine Essays und Vorträge über Künstler und Werke, wie sie etwa im „Sagteigent“ oder in „Meister und Werke“ gesammelt sind, bestechen durch ihre vollendete Form, ihre oft eigenwillig-subjektive, aber immer geistvolle Deutung. Oder wenn er mit der Sensibilität eines Malers für Farbe und Form der Dinge die Welt im Kleinen, das Stillleben an einer Gartenmauer etwa oder Landschaften und Städte des Südens und Westens, wie in seinem „Drinnen und Draußen“ gestaltet, entsteht ein Bilderbuch, das durch immer neue überraschende Schönheiten erfreut. Wie wenigen ist ihm das Vermögen zu eigen, den Dingen besessene Körperlichkeit zu geben. Hier ist er ganz Künstler, ganz Dichter. Es gibt vielleicht kein schöneres Heimatbuch als seine „Welt um München“, von der ein gewiß zuständiger Kenner wie Josef Hofmiller einmal bekennt, daß er vor dieser Kunst der Darstellung neidlos die Waffen strecke.

Und zuletzt sei festgestellt, daß, wie nur Liebe und Andacht zu den Dingen dem Künstler ihr innerstes Wesen enthüllen, so auch jene gebende und nehmende Einfühlung, jene Unmittelbarkeit, mit der Hausenstein Menschen und Dinge, die hier bedeutend erscheinen, gestaltet, vielleicht den schönsten Reiz seiner Schriften ausmacht. Und gewiß ist, daß wir dahinter nicht nur eine

noble Menschlichkeit und ein humaner Geist, sondern, was mehr ist, ein gutes Verspielen werden.

Zur Zeit schreibt Hausenstein am Roman seines Lebens, der nach einigen Proben, die da und dort erscheinen, ein ergreifendes menschliches Dokument zu werden verspricht.

Dr. C. Sütterlin.

Notenfels — im Murgtal

Wem verdankt Notenfels sein Werden? Nur einem Zufall verdankt Notenfels sein Werden. Markgraf Wilhelm wollte auf Grund der Tatsache, daß bei Baden-Baden, Barnhilt, Umweg, Kemweier und Mühlenbach unter den Ablagerungen des Notliegenden Steinkohlenfelder zutage traten, auch auf seinem Notenfels Gut nach Steinkohlen graben lassen und beauftragte im Jahre 1839 den Berggrat Walchner aus Mannheim mit den Vorarbeiten. Walchner ließ am 17. April 1839 am Fuße des Schanzengraben mit den Bohrarbeiten beginnen. Ein halbes Jahr danach stieg der Bohrer auf eine „seigere Kluff“, aus der in etwa 100 Meter Tiefe ein starker Strom Thermalwasser hervorkam, und zwar in einer Mächtigkeit, daß in kurzer Zeit das Bohrloch damit gefüllt war und jede weitere Bohrarbeit eingestellt werden mußte. Anstatt der erhofften Steinkohlen war eine warme Quelle gefunden, die der Badener ebenbürtig zu werden verspricht.

Weithin war der gute Ruf der Quelle und der ihrer Heilkraft gedungen, fanden sich doch in der Quelle Bestandteile, die vielen Kranken, die so sehr gewünschte Heilung brachte. Zahlreich sind die ärztlich beglaubigten Atteste. Welches sind nun die Bestandteile der Therme? Nach genauer Analyse der Therme sind in dieser folgende Bestandteile enthalten: kohlenstoffreiches Eisenoxydul, kohlenstoffreiches Manganoxydul, kohlenstoffreiche Bittererde, kohlenstoffreiche Kalterde, kohlenstoffreiches Natron, Chlorcalcium, Chlormagnesium, Chlorcalcium, schwefelsaures Natron, schwefelsaure Kalterde, schwefelsaure Bittererde, Brommagnesium, phosphorsaure Kalterde, Kieselerdehydrate, Zonerdehydrate, Schwefelwasserstoff und Quecksilber. Neuere Untersuchungen ergaben auch das Vorhandensein von Radium.

Nicht nur die Thermalquelle bietet dem Kranken die gewünschte Heilung, sondern auch der Nervenleidende wie auch der Kneipwalesent finden hier die so sehr gewünschte Heilung und die so sehr erhoffte Erholung. In wie fern finden diese gerade hier in Notenfels all die oben erwähnten Dinge? Betrachten wir einmal die Lage und die Umgebung Notenfels.

Das Tal der unteren Murg gehört wegen seiner reizenden und landschaftlichen Schönheiten wohl zu einem der schönsten Seitentäler des Rheins. Wer heute in der gewaltigen Notzeit seine Alltagsorgen vergessen und dem Großstadtgetriebe entfliehen will, der mache einmal eine Wanderung durch dies herrliche Tal.

Jeder, der noch ein empfängliches Auge und Herz für Naturschönheiten besitzt, dem bieten sich in überaus großem Maße Reize über Reize; denn Romantik und Lieblichkeit sind hier in geradezu idealer Weise miteinander vereinigt. Der untere Teil des Murgtales ist ein wahres Paradies voll Blütenfülle und Blütenduft, der mittlere eine ausgesprochene Gebirgslandschaft mit steilen Hängen und waldbedeckten Randbergen, der obere dagegen ein wiesengeschmücktes Hochland.

Stolz ragen rund um das Talbecken bei Notenfels die Berge in die Höhe; z. B. rechts der Murg: der Eichelberg, der Malberg mit seinem Aussichtsturm, der Bernstein; links der Murg: der Merkur mit Bergbahn und Aussichtsturm, die Badener Höhe und andere mehr. Ein riesiges Waldmeer bedeckt die Höhen und deren Abhänge, das sich bis über die Vorberge fast bis hinunter ins Tal sich erstreckt. Und wer auf den vielen, wohlgepflegten Waldwegen der Notenfels Gemarkung seine Spaziergänge gemacht hat oder noch machen wird, der muß mit Recht sagen, daß hier noch eine verkannte Schönheit im Dornröschenschlaf liegt, die erst durch Wanderungen dem Auge und Herz erschlossen werden muß. In dem wundervollen Lauf der Murg spiegeln sich die Häuser an der Landstraße, der Badsteg, die Pfarrkirche in ihrem Barockstil mit ihrem wunderschönen Turm und der hohe Baumbestand des Notenfels Schloßparkes.

Und um das Märchenhafte dieser Naturschönheiten noch weiter zu gestalten und auszuschnüden, hat die Gemeinde Notenfels sich entschlossen, noch einen weiteren Waldweg anzulegen, der den Wanderer längs am Fuße des Berges vom Schlosse aus entlang über Oberndorf hinüber nach dem schönen und herrlich gelegenen Schloß „Favorit“ geleitet. Somit ist dem Naturfreund, wie auch dem Wanderer Gelegenheit gegeben, vom Schloß „Favorit“ über Oberndorf, an der Thermalquelle Notenfels vorbei durch Tannenwald ins Traischbachtal zum Luft-, Sonnen- und Schwimmbad und Baden-Baden zu wandern, und umgekehrt. Darum auf nach diesem ideal gelegenen Plätzchen Bad Notenfels.

Tum, Gaggenau.

Druck G. Braun, Karlsruhe

Literarische Neuerscheinungen

Arminius: *Feldherrnköpfe 1914/1918*. (Leipzig, K. F. Koehler Verlag, Gr. 8°, über 200 Seiten. In Steifdeckband 2,85 M.) Wie „Junius Armin“ in seinem Buch „Nationalisten“ die führenden nationalen Persönlichkeiten der Nachkriegszeit treffend zeichnete, so nimmt „Arminius“ die Feldherren des Weltkrieges unter die Lupe und bringt sie mit ihren menschlichen Vorzügen und Fehlern in schmissigen Aufsätzen, die ausgezeichnete Sachkenntnis verraten, der Allgemeinheit nahe. Überraschend ist die Verschiedenheit der Männer nach Veranlagung und Charakter, trotzdem sie fast alle Jahrzehntlang durch die einheitliche Schule des Militarismus gegangen sind. Welcher Abstand zwischen einem Hindenburg und dem österreichischen Generalstabsoberst Arz, dem „charmanten Adjutanten“, zwischen einem „Diplomaten“ wie dem englischen General Wilson und dem „Theoretiker“ Cadorna. Neben ihnen finden sich, schon durch ihre Venen charakterisiert, der „fronke“ Moltke, Falkenhayn, der „Mann der Halbheiten“, Joffre der „Bär“, Pétain der „Geschichte“, Koch der „Lübecker“, Conrad Hörsing der „Aber“, Großfürst Nikolai der „schwache Gewaltmensch“ und viele andere. Drei „große Führer“ hebt sich heraus, unter denen jeder nach seinem Geschmack die erste Wahl treffen möge. Es fehlt jedoch das „Genie“, wäre dieses für eine Seite erstanden, der Krieg hätte kaum so lange gedauert. Ein fesselndes Buch, wertvoll und unterhaltend zugleich, das vier Jahre gewaltigen Weltgeschehens erlesen läßt in der Kennzeichnung von Persönlichkeiten, die Geschichte gemacht haben.

Auto-Fernstraßenkarte Deutschlands und Österreichs. Mit der amtlichen Nummerierung und Entfernungsangaben für Auto und Eisenbahn. Ausgabe B der Verkehrs-karte von P. Krauß. Maßstab 1:1.500.000. Fünffarbiger Steindruck. Größe 76x93,5 Zentimeter. Auf Kartegröße gefaltet. In Umschlag 1,30 M., auf Leinen aufgezogen 3,75 M. Verlag Bibliographisches Institut AG, Leipzig. — Es gibt Duzende von Autofernstraßenkarten Deutschlands, aber es existiert u. B. keine, die bei so großem Maßstab und solchem Farbenreichtum deartig billig ist. Außerdem hat sie aber noch verschiedene andere Vorzüge: in erster Linie fällt die Fülle der Ortsnamen auf, die hier auf kleinem Raum untergebracht sind, ohne die Übersichtlichkeit zu beeinträchtigen. Man findet also nicht etwa nur die Anfangs-, Kreuzungs- und Endpunkte der großen Verkehrsstraßen, sondern auch eine Menge kleinerer Ortschaften. Von dem dichtbesiedelten Auftragsgebiet ist außerdem in der linken Ecke eine Sonderkarte in größerem Maßstab eingebunden. Die Autofernstraßenkarten (grün), Eisenbahnlinien (rot), Flüsse (blau) und Landesgrenzen (orange) sind vollkommen gleichwertig behandelt, so daß diese Karte sich auch als Übersichtskarte und Organisationskarte für Handel und Industrie, Behörden und Büros eignet. Sehr wichtig ist, daß sie nicht etwa an den Grenzen Deutschlands aufhört, sondern auch ganz Holland, den östlichen Teil von Belgien und Frankreich, die Nord- und Zentralalpen, ganz Österreich, den größten Teil der Tschechoslowakei und Polens mit ihren Verkehrsstraßen und den amtlichen Nummern enthält. Bei den Eisenbahnlinien ist die Entfernung in Kilometern angegeben, bei den Dampfstraßen die Fahrzeit in Stunden. Für die Autofernstraßen ist eine nach Nummern geordnete Tabelle mit Entfernungsangaben beigelegt. Die besonderen Straßentypen kleinerer Gebiete können durch dieses Übersichtsbild natürlich nicht ersetzt werden, aber jeder Automobilist, der größere Strecken befährt, und jeder Geschäftsmann, der Eisenbahn- und Autofernstraßen-Entfernungen berücksichtigen muß, findet hier ein Hilfsmittel von technischer und kartographischer Vollkommenheit. Die Karte kann durch jede Buchhandlung bezogen werden.

Zeitschriftenbau

„Deutsche Kunst und Dekoration.“ Juniheft 1932. (Verlagsanstalt Alexander Koch G.m.b.H., Darmstadt/Stuttgart.) — Dieses schöne Heft bringt einleitend eine Veröffentlichung zum 60. Geburtstag Bernhard Pankofs, des Leiters der Kunstgewerbeschule Stuttgart. Unter Vorführung einer Auswahl seiner kernigen Werke ist der Künstler als Maler, als Graphiker, Architekt und Kunstgewerbetler gewertet. Von Elie Lascaux ist eine Reihe Gemälde von ansprechender Sonderart gezeigt. In der Abgeschlossenheit des Kriegsgefangenenlagers hat er seine künstlerische Sprache völlig selbständig entwickelt. Es folgen Gemälde von Annot (Berlin) sowie plastische Arbeiten von Ruth Schumann. Besondere Beachtung findet eine Goethe-Büste des jugoslawischen Bildhauers Ivan Meštrović, eine Huldigung an einen Dichter, die selbst zur Dichtung geworden ist. Sehr reizvolle Wiedergaben einfacher Kleinbauten sind angeschlossen. Es handelt sich um Kleinbauten, die unter dem Begriff „Das wachsende Haus“ von Prof. Josef Hoffmann und Prof. Oswald Haerdtl (Wien) sowie von Architekt Erich Volpert (Wien) erbaut und eingerichtet worden sind. Diese Vorführung ist sehr erfreulich und in vieler Hinsicht belehrend, weil die Probleme des neuen Bauens, des neuen Wohnens darin die ansprechendsten Lösungen gefunden haben. Zum Schluß sind noch reizvolle, schlichte Gläser- und Silberarbeiten nach Entwürfen von Prof. O. Haerdtl gezeigt.

Königliche Illustrierte Zeitung. Die Auswahlkämpfe für die Olympischen Spiele haben eine Reihe von Überraschungen gebracht, die die Königliche Illustrierte Zeitung in einem Bildbericht zusammenfaßt. Das größte Aufsehen erregte wohl der neue USA.-Rochschulmeister Metcalfe, der sich diesen Titel über 100 Meter in der fabelhaften Zeit von 10,2 und über 200 Meter in 20,5 Sekunden erkämpfte. Deutschland ist bei den letzten Weltrekordverbesserungen zweimal vertreten: Die deutsche Olympiaschiffel in der Ausstellung König, Rammers, Borchmeyer und Jonath lief die 4 mal 100 Meter in Kassel in 40,6 Sek., und Ellen Braumüller erhöhte ihre bisherige Weltbestleistung im Speerwerfen von 42,28 auf 44,46 Meter. Die Stimmung in Sportkreisen ist im Hinblick auf Los Angeles durchaus hoffnungsfreudig; man wird Überraschungen erleben können.

Ehrgang eines Badeners. Der Ehrenvorsitzende des Landesvereins Badische Heimat, Freiburg i. Br., Prof. Dr. Eugen Fischer, der vor wenigen Jahren als Direktor des Badener Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik nach Berlin berufen wurde, ist vor wenigen Tagen durch die Wahl zum Vorsitzenden der Berliner Gesellschaft für Anthropologie, Ethnologie und Urgeschichte, und zwar als Nachfolger von Geh. Rat Dr. Hans Birkow geehrt worden.